

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
Nr. 11

Zweitsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: 36 Pfennig 10 Wochenlang. Die Einzelnummer kostet 10 Pfennig. Bei Nicht-Abnahme der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile über deren Raum 12 Pfennig, die Restzeile 8 Pfennig. Zahlbar innerhalb 3 Tagen. — Für telefonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 51.

Altensteig, Freitag den 29. Februar.

Jahrgang 1924

## Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Im Sommer 1923 wurden die deutsch-polnischen Verhandlungen, die damals seit fast einem Jahr in Dresden stattfanden, durch eine „Sommerpause“ unterbrochen. Diese Sommerpause hat bis jetzt gedauert. Erst am 12. Februar wurden in Genf Verhandlungen beider Staaten über die Staatsangehörigkeitsfragen wieder aufgenommen, und am 27. Februar folgten gleichzeitig Verhandlungen in Warschau in den Fragen der Dotationen und der Rechtshilfe, sowie in Berlin über den Austausch von Archiven und Pensionszahlungen.

Die bisherige Entwicklung der deutsch-polnischen Verhandlungen zeigt deutlich, was an den schließenden Gang schuld ist: die polnische Entdeutschungspolitik. Obwohl Polen bereits durch Terror, Bonität, Ausweisungen und Chikanen aus den ehemals preussischen Gebieten etwa 600 000 Deutsche vertrieben hat, genügt dies dem polnischen Chauvinismus noch nicht. Durch widersprechliche Auslegung der Bestimmungen des Versailler und des Minderheitenschutzvertrages war und ist die polnische Regierung bestrebt, weiterhin noch möglichst viele Deutsche aus Polen zu vertreiben, und diese, auch in den Verhandlungen mit Deutschland zum Ausdruck kommende Tendenz ist der wahre Grund der langwierigen Unterbrechung der deutsch-polnischen Verhandlungen gewesen.

Inzwischen hat sich Polen in einigen dieser Fragen, die vor den Völkerverbund und von diesem wieder vor das Internationale Schiedsgericht in Haag gebracht worden sind, erhebliche Abfahrten geholt. Dies und ein unmittelbarer Druck des Völkerbundes, unter dessen tätiger Mitwirkung aus die Genfer Verhandlungen stattfanden, hat die Wiederannäherung der deutsch-polnischen Verhandlungen überhaupt erst ermöglicht. Freilich folgt daraus auch, daß auf einen guten Willen der Polen gerade in den wichtigen Streitfragen kaum zu rechnen ist, sobald man dem Ergebnis der gegenwärtigen Verhandlungen nur mit bescheidenen Erwartungen entgegensehen kann. Die deutsche Delegation besteht aus sechs Personen. Der Vorsitzende der deutschen Delegation, Dr. von Stockhammer, hat bereits mit dem Außenminister Janowski konferiert.

Für das polnische Verhalten im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen charakteristisch ist der Antritt, den der nationaldemokratische Rechtsblock dem Vortreffen der deutschen Delegation in Warschau gegeben hat. Er hat nämlich im polnischen Sejm eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen gestellt, die in der Ausweisung aller der Monarchie gegen den Staat verdächtigen (1) Ausländer und der Austreibung der angeblich staatsfeindlichen deutschen Bevölkerung aus den Grenzgebieten gipfeln. Der Sejm hat diese Anträge tatsächlich vor wenigen Tagen angenommen. Zweifellos ist diese Agitation, so recht polnisch sie auch ist, von der polnischen Regierung bestellte Arbeit. Man will den deutschen Unterhändlern in Warschau sagen können, daß man im Hinblick auf die öffentliche Meinung keine Konzessionen machen könne. Daß man sich mit derartig wüster chauvinistischer Hebe zugleich international, insbesondere dem Völkerbund gegenüber, erneut diskreditiert, spielt bei der typischen Durchsichtigkeit polnischer Politik keine Rolle.

Das alles ist polnisch-alkypolnisch. Die deutschen Unterhändler sind bei solcher Lage der Dinge jedenfalls nicht zu beneiden.

## Der Münchner Hochverratsprozeß.

Weitere Vernehmungen — Ausschluß der Öffentlichkeit  
München, 28. Febr.

Der Beginn der Donnerstag-Sitzung im Hitlerprozeß verzögerte sich um eine Stunde, weil das Auto Landendorfs eine Panne erlitten hatte. Nach Eröffnung der Sitzung kam es zunächst zu Wechselreden zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung über die Frage der zeugenschaftlichen Vernehmung des Kapitän Erhardt, wobei der erste Staatsanwalt Stenglein erklärte, gegen Erhardt schwebte kein Strafverfahren und die Staatsanwaltschaft habe kein Interesse an der zeugenschaftlichen Vernehmung Erhardts, da inzwischen das, um was es sich handle, durch Raab und Seiffert festgelegt worden sei.

Suffragat Schmidt erklärte, daß er schon am 1. Dezember in einem Schreiben an den Generalstaatsanwalt und an das Justizministerium darauf gedrungen habe, daß das Verfahren gegen Raab, Hoffmann und Seiffert ebenfalls aufgenommen werde.

Das Gericht setzte dann die Vernehmung der Angeklagten fort und zwar wurde der militärische Führer des Deutschen Kampfbundes, Oberleutnant a. D. v. Kriebel zuerst vernommen. Er erklärte, daß er schon während seiner Tätigkeit bei der Waffenstillstandskommission das ganze Elend erkannt habe, das durch die revolutionären Verbotsverbände an unserer Volkseingerichtet wurde, und er sei sich klar geworden, daß der innere Feind beseitigt werden müßte, bevor an die großen Fragen herangetreten werden konnte. Er habe damals den Schwur getan, daß er nicht rasten werde, das zu erfüllen, was er geschworen habe und aus diesen Beweggründen sei alles andere zu verstehen. Kriebel schilderte dann seine Tätigkeit bei der Landesleitung der Einwohnerwehr und erklärte, er habe sich im März 1921, als Herr von Raab die Ministerpräsidentenschaft übernahm, seine Staatsstreichsporen verdient. Die Schuld an der Auflösung der Einwohnerwehr liege einzig und allein bei Raab, der ein Mann der offenen Diktatur sei ohne den Mut, aus einem Entschluß die letzte Konsequenz zu ziehen. Kriebel kam dann auf seine Tätigkeit bei der Organisation Eiserich zu sprechen, die er im Herbst 1921 eingestellt habe, weil man ihm nachsagte, er wolle die Donaumonarchie errichten. Im Jahre 1922 habe er in anderer Weise für den vaterländischen Gedanken gearbeitet, so für die Reichsflagge. Nebenbei sei er dann mit den übrigen Verbänden in Verbindung gekommen und habe Hitler kennen gelernt. Schließlich sei er militärischer Leiter des Kampfbundes geworden. Er bitte jetzt, im Interesse der Ruhe und Ordnung im Staate seine weiteren Ausführungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit machen zu dürfen, da er über die nun folgenden Ereignisse als militärischer Leiter des Deutschen Kampfbundes Angelegenheiten erörtern müsse, die eine öffentliche Erörterung nicht zulassen.

Auf Antrag des Staatsanwalts zog sich der Richterhof zurück und verhandelte hierauf, daß die Öffentlichkeit für die Dauer der weiteren Vernehmung des Angeklagten Kriebel ausgeschlossen sei, da sie eine Gefährdung der Staatssicherheit bedeuten würde. Zugelassen waren nur Vertreter der Reichs- und Staatlichen Behörden. Um 10.15 Uhr wurde der Sitzungssaal geräumt. Kurz nach 12 Uhr wurde der Schluß der Sitzung verkündet und Mitteilung gemacht, daß die Vernehmung nachmittags um 4.30 Uhr wieder unter Ausschluß der Öffentlichkeit fortgesetzt wird.

## Neues vom Tage.

Stimmungsmache für eine Ministerkonferenz.

Berlin, 28. Febr. Aus Paris wird dem „Berl. Tageblatt“ berichtet: In den Pariser Blättern wird für eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten des Verbands in März Stimmung gemacht. Es wäre sehr wichtig, so sagt man, wenn die Leiter der Verbandspolitik nach der Beendigung der Sachverständigenberatungen miteinander in Verbindung treten würden, um die politische Seite der Entschärfungsfrage zu besprechen. Die Regierungen sollten sich vorerst untereinander verständigen, ehe sie ihren Vertretern in der Wiederherstellungskommission die nötigen Anweisungen erteilen. Schon allein die Annäherung einer derartigen Konferenz würde eine große Wirkung ausüben.

Die Liquidation des Separatistenunternehmens.

Ludwigschafen, 28. Febr. Die sogenannte autonome Regierung der Pfalz hat sich nun aufgelöst. Im Verleierungsgebäude befinden sich zurzeit nur noch etwa 50 Separatisten, die mit Aufbaumungsarbeiten beschäftigt sind. Interessant war die Verteilung der von den Separatisten requirierten d. h. gestohlenen Beute. Von den Ertragsüberschüssen der autonomen Pfalz erhielten den Löwenanteil die Separatistenführer Bley, Schmitz-Cypser, Müllerer und Wilhelm. Der Chef der Landespolizei bei der autonomen Regierung der Pfalz, Eder-Speyer, der zum Finanzdirektor in Aussicht genommene Schnoor-Speyer und der wegen Steuerdefraudation verhaftete Pfalzbezirkskommandant Wüstenfabrikant Niklas-Ludwigschafdt hatten durch erhebliche Unterschlagungen von Regierungsgeldern ihr Vertheil an sich genommen. Schnoor und andere würden kurz vor dem Zusammenbruch der Separatistenherrschaft entlassen, weil sie die Regierungskasse mit 160 000 Franken Inhalt haben verhehlichen lassen. Die Höhe der Abfindung, welche die Separatistenführer von ihren Austraggebern erhielten, steht noch nicht fest. Die Separatisten haben sich zurückgezogen, doch bleiben sie vorläufig noch in der Pfalz in Erwartung der weiteren Entwicklung der Dinge. Bley hat sich in seinen Heimatsort Reichelsheim-Weinheim begeben. Schmitz-Cypser nach Mainz in Begleitung von bewaffneten Separatisten. Interessant war die Zerstückelung der Mann-

schaften. Die Verheirateten erhielten eine Abfindungssumme in Höhe von 275 Franken und die Unverheirateten Separatisten 200 Franken, worüber große Unzufriedenheit herrscht, weil ihnen 500 Franken versprochen worden waren. Sehr bezeichnend für die Quelle, aus der die Abfindungssummen fließen, ist die Tatsache, daß die Abfindungssumme der französischen Provinzdelegation in Speyer zur Prüfung vorgelegt werden mußte. — Daß die Separatistenführer ihre Rolle noch nicht als ausgespielt ansehen, beweist die Gründung der Rheinischen Arbeiterpartei für die Bezirke Pfalz und Rheinhessen durch den berechtigten Separatistenführer Kunz-Ludwigschafdt.

Litauen verwirft die Memel-Entscheidung.

Genf, 28. Febr. Die litauische Gesandtschaft in Berlin hat den Wortlaut der Entscheidung der Memel-Kommission des Völkerbundes erhalten. Die Note besteht aus 11 Punkten, von denen einige für Litauen gänzlich unannehmbar sind. Die litauische Regierung kann sich deshalb den Forderungen nicht fügen und weist die Entscheidung zurück. Der litauische Ministerpräsident ist sofort über Berlin nach Genf gereist, um dem Völkerbund die Entscheidung der litauischen Regierung zu notifizieren. Die Memelfrage ist somit von neuem in ein sehr aktives Stadium getreten.

Englands fünf Bedingungen.

London, 28. Febr. Der „Daily Telegraph“ bestätigt offiziell die Meldung, daß die englische Note über die Militärkontrolle den Vorschlag macht, die Militärkommission durch einen Klein Ausschuss zu ersetzen, der binnen einer Woche den Alliierten zu vereinbarenden Feld die Militärkommission abzulösen hat und dann einer Beaufsichtigung Deutschlands durch den Völkerbund Platz macht. Voraussetzung für die Einsetzung dieses kleinen Ausschusses sei die Annahme von 5 Bedingungen durch die deutsche Regierung: 1. Die Umwandlung von Munitionsfabriken für Friedensproduktion ist in kurzer Zeit zu vollenden, 2. die Ablieferung von Kriegsmaterial ist vollständig durchzuführen, 3. eine vollständige Statistik über das Kriegsmaterial, das in Deutschland vorhanden ist, ist aufzustellen, 4. Einfuhr und Ausfuhr von Waffen vom und nach Deutschland ist zu verhindern. Die Regierung hat die genauen Vorschriften des Friedensvertrages zu beachten, sowie die Trennung zwischen der Reichswehr und der Polizei genau durchzuführen. 5. Der neuen kleinen internationalen Kommission ist jede Möglichkeit zu geben, ihre Tätigkeit ohne jede Behinderung auszuüben.

Die Vorkonferenz hat Kenntnis von dem britischen Memorandum zu der alliierten Militärkontrolle genommen. Sie hat keine Beschlüsse gefaßt, sondern will erst das Gutachten des Marshall's hoch abwarten.

Abtritt des belgischen Kabinetts.

Brüssel, 28. Febr. Das Kabinet Theunis hat demissioniert, nachdem der französisch-belgische Vertrag mit 95 gegen 79 Stimmen von der Kammer abgelehnt worden ist. — Das Kabinet Theunis-Jaspars, das seit Dezember 1921 im Amte ist, hat bereits einmal demissioniert und zwar am 14. Juni vergangenen Jahres. Damals handelte es sich um den Streit wegen der Verflämung der Universität Gent. Als aber schließlich auch die schärfste parlamentarische Kritik meist an der Tatsache nichts ändern konnte, daß die Flamenfreunde aller Parteien zusammen keine Mehrheitsregierung auf die Beine bringen konnten, selbst wenn Katholiken und Sozialisten zusammengegangen wären, so trat schließlich wieder ein neues, innerlich und äußerlich unverändertes Kabinet Theunis-Jaspars empor.

Diesmal hat der Kampf um die Ratifizierung des französisch-belgischen Handelsvertrages eine klare Scheidung zutage gebracht. Dieser Vertrag, der Frankreich nicht unwesentliche Vorteile bringt, aber den belgischen Handelsinteressen nur in minimaler Weise gerecht wird, hat zwar die Unterstützung der katholischen Kreise gefunden, ist aber von Liberalen und Sozialisten abgelehnt worden. Damit ist das Kabinet Theunis gestürzt und die bisherige katholisch-liberale Koalition gesprengt. Vandervelde hat sich schon vor Tagen zur Übernahme der Ministerpräsidentenschaft bereit erklärt. Ein Kabinet aus Sozialisten und Liberalen unter sozialistischer Führung liegt demnach im Bereich des Möglichen. Die Lage ist ähnlich wie in England.

Theunis lehnt eine Kabinettsbildung ab.

Brüssel, 28. Febr. Nachdem Theunis in der Kammer seine Demission bekannt gegeben hatte, begab er sich in den Senat, wo er ebenfalls die Demission des Kabinetts mitteilte. Es entspann sich ein heftiger Wort-



weder zwischen royalen und laicalen Senatoren. Der Ober der Namen, von Comandant, erklärte nach der Sitzung, daß die Abstimmung eine beständige Verteilung der gegen Deutschland bezogenen Politik, im besonderen der Ruhrpolitik, zeige. Nachdem Thoms die Nummer verlassen hatte, erklärte er einigen Journalisten: „Man wird heute abend in Berlin Ministern“. Der König erlaubte ihm die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen, was jedoch Thoms nicht beifolgt, ablehnte.

## Deutscher Reichstag.

Die politische Rundschau.

Berlin, 28. Febr.

Am Donnerstag erhielt das Wort sofort Minister des Kaiserlichen

### Dr. Stresemann:

In der deutschen Außenpolitik stehen wir unter dem Einfluß der Arbeit der Sachverständigenkommission. Jeder die Verhandlungen mit der Kommission dabei wie ein Weisheitszeichen, sobald der Bericht der Sachverständigen selbst vorliegt. Von dem Erfolg ihrer Arbeit wird es abhängen, ob eine Lösung der Reparationsfrage möglich ist. Die baldige Lösung ist die dringlichste. Deutschlands wirtschaftliche Lage erfordert sie. Für absehbare Zeit können wir aus eigener Kraft an Reparationszahlungen nicht denken. Wir müssen vielmehr alle Kräfte zusammenschließen, um überhaupt unsere Währung zu halten, da das deutsche Volk ein zweites Mal nicht ertragen könnte. Von dieser wirtschaftlichen Lage haben sich nun auch die Sachverständigen überzeugt. Man scheint sich davon überzeugt zu haben, daß ein Moratorium für uns notwendig ist, ebenso aber, daß während dieser Zeit eine internationale Anleihe insbesondere für Frankreich einen Ersatz für die Ausfälle deutscher Zahlungen schaffen soll. Eine internationale Anleihe, für die man Garantien im deutschen Reichsgebiet sucht, wird anscheinend diskutiert, im Zusammenhang mit zwei Fragen, die gleichzeitig als wirtschaftliche Voraussetzungen für einen Anleiheerfolg gelten: die Verfügung Deutschlands über die Wirtschaft und die Steuerkraft des Reichs, sowie die Wiederherstellung der deutschen Verkehrswirtschaft. Die deutsche Regierung hofft, daß auch die zurzeit abgetrennten Teile der Reichsbahn bald mit dieser vereinigt werden. Wenn die französische Regierung bereit sein würde, für die Regelung der Regelung anzunehmen, die zwischen Bayern und dem Reich besteht, so werde Deutschland gerne bereit sein, darüber zu verhandeln. Die Wiederherstellung der Verkehrswirtschaft dürfte von allen Kennern des Wirtschaftslebens als Voraussetzung für das Bestehen einer internationalen Anleihe angesehen werden. Wenn es Frankreich um eine wirtschaftliche Lösung der Reparationsfrage zu tun ist, so würden ihm hier große Möglichkeiten geboten sein, die es kaum zu übersehen hätte. Die Kreditnot der Industrie und Landwirtschaft ist so groß, daß sie mit harter Währungs- und Produktivität zu rechnen haben, wenn ihr nicht abgeholfen wird. Deshalb dürfen wir am ausländischen Kapital nicht vorbeigehen, wenn wir es erhalten können. Eine schnelle Verständigung über die Frage ist notwendig, denn er 15. April, an dem die Reparationsfrage ablaufen ist ein kritischer Termin. Das Deutsche Reich kann eine weitere Finanzierung dieser Verträge nicht leisten und wenn eine Verständigung nicht erfolgt, würden neue Arbeitslosigkeit, Hunger und Chaos im besetzten Gebiet entstehen. Die Einigung kann nicht die Schaffung einer deutschen Reparationsprovinz sein, sondern eine internationale Regelung. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß in weiten Kreisen Frankreichs die Stimmung sich gegen früher geändert hat. Man empfindet anscheinend doch mehr als früher, daß Frankreich trotz aller politischen Differenzen in einer gewissen wirtschaftlichen

Schicksalsgemeinschaft mit Deutschland steht. Damit, daß wir von unserer Seite aus den Versailles Vertrag als gerechtfertigt erklären, kommt man in der Realpolitik nicht weiter. Frankreichs Entscheidung wird wichtiger sein für die weitere Entwicklung der europäischen Verhältnisse, die Entscheidung über die Frage, ob Frankreich Reparationen aber nur politische Macht und wirtschaftliche Ausbeutung will. Jeder vernünftige Mensch in Deutschland wird bereit sein, sich mit Frankreich zu verständigen, aber es dient nicht der Verständigung, wenn der französische Ministerpräsident unsere Reparationsleistungen leugnet. Unsere Leistungen haben 42 Milliarden Goldmark betragen; Frankreich hätte an Sachleistungen noch weit mehr von Deutschland beziehen können, wenn es nicht die Rücksichten auf seine eigene Industrie höher gestellt hätte, als die Anwendung seiner vertragmäßigen Ansprüche gegen Deutschland. Deutschlands Produktivität kann nur erhöht werden durch eine ruhige politische Entwicklung, das Aufheben jeglicher Bedrücknisse und durch eine Politik, die unsere wirtschaftliche Erholung gewährleistet. Es scheint, als wenn in französischen Kreisen eine starke Nervosität gegenüber Deutschland herrscht. Man stellt die Frage der Sicherheiten in den Vordergrund, als ob Deutschland daran dächte, Frankreich zu überfallen. Warum sind auf alle die Anregungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtrakts und wegen weitgehender Sicherungen für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt? Daß man mit den Separatisten keine Politik zur Herbeiführung Deutschlands machen kann, hat die Entscheidung der letzten Zeit genügend bewiesen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat auch eine feste Deutung erfahren durch den Vertrag zwischen Frankreich und der tschechoslowakischen Republik. Man man eine national-radikale Entwicklung in Deutschland fürchtet, so möge man sich in Frankreich doch daran erinnern, daß bisher alle Politiker in Deutschland, die eine Verständigung mit Frankreich erstrebt haben, an der französischen Politik gescheitert sind. Sonst hätten wir auch keine national-radikale Bewegung in Deutschland gehabt. Eine völlig falsche ideologische Einstellung des Auslands wäre es, wenn es gäbe, moralische Erörterungen in Deutschland dadurch zu machen, daß es das alte Deutschland in den Stand zieht. Eine ruhige konstitutionelle Entwicklung in Deutschland ist am besten gewährleistet durch eine Außenpolitik, die Deutschland leben läßt und nicht alle seine Anstrengungen zur Ergebnislosigkeit verdammt. Wir begrüßen mit Genugtuung die Beteiligung der Staaten an dem Sachverständigenkomitee und die jetzt erfolgte Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrags. Dieser Vertrag wird zwar nicht allen unseren Wünschen gerecht, aber er ist auf dem Grundsatze der Weisheitsbegierde aufgebaut. Inzwischen ist auch durch ein deutsch-englisches Abkommen die Reparationsabgabe von 26 auf 5 Prozent herabgesetzt worden. Die deutsch-englischen Verhandlungen haben sich trotz ihrer Schwierigkeit in der freundschaftlichsten Form abgepielt. Mit den deutsch-polnischen Verhandlungen ist das leider nicht der Fall gewesen. Der englische Premierminister hat die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erörtert. Die Reichsregierung steht auf dem Boden der dem Völkerbund zugrunde liegenden Idee der internationalen Solidarität, sieht sie aber in der gegenwärtigen Form des Völkerbunds nur unvollkommen verwirklicht. (Sehr richtig!) Trotzdem lehnt die deutsche Regierung den Eintritt nicht rundweg ab. Allerdings liegt gegenwärtig keine Einladung zum Eintritt vor. Sollte die Frage akut werden, so wird die Reichsregierung zu prüfen haben, ob die Behandlung Deutschlands als vollberechtigtes Mitglied, insbesondere seine Aufnahme in den Völkerbundrat gewährleistet ist. Der Minister schließt mit Worten des Dankes für die außerordentliche Hilfsbereitschaft des Auslandes gegenüber der deutschen Not.

Hg. von Weiser (Dem.) betont die Notwendigkeit, alle Kräfte des Volkes zusammenzufassen, um der Ge-

jahr neuer Zustände zu begegnen. Die Steuererleichterungen, welche von den Deutschnationalen gefordert werden, sind nicht dazu geeignet, die Währung zu stützen. Wir treten für Begleichung der Kriegsschulden ein, lehnen aber die Kriegsschuld ab. Aus dem Rheinland darf keine Reparationsprovinz gemacht werden. Der Aufstandstag war leider nicht zu halten, aber die einseitige Festsitzung der Arbeitgeber hat eine Delegation gebildet, die sicher nicht zur Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern führen wird. An Stelle der Arbeiter wünschen wir eine Vermögens- und Vermögensverwertung. Als der Redner schließt, wird von der Tribüne ein Mann Flugblätter in den Saal und ruft: Juristen als Volkverräter! Juristen als Verläuderer des Volkes! Der Mann wird von den Dienern hinausgeführt.

Hg. Dr. Prich (Bayer. Sp.) fordert eine Zusammenstellung aller unter dem Ermächtigungsgesetz erlassenen Verordnungen. Der Redner stimmt den Verordnungen im allgemeinen zu und begrüßt insbesondere die Regelung der Aufwertungsfrage.

Hg. Prich (Komm.) hält die deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse noch keinesfalls für gelichtet. Die Regierung habe sich Rechte angemacht. Der greifbarste Nachweis solle doch endlich verschwinden.

Hg. Wipers (Deutsch-Hannov.) betont, die Durchführung der föderalistischen Wünsche seiner niedersächsischen Freunde würde ohne Revolution und ohne jede Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung möglich sein. Hannover müsse sein heiliges Recht wiedergegeben werden.

Ministerialdirektor Weiler legt im Namen der preussischen Regierung Verwahrung gegen diese Agitationsrede ein.

Darauf werden die Verhandlungen abgebrochen. Freitag Weiterberatung.

## Aus Stadt und Land.

Altenteig, 29. Februar 1924.

Konzert. Anlässlich des Pfalz- und Rheintage findet am Sonntag nachmittag im Saal des „Grünen Baum“ hier ein Konzert der Stadtkapelle zu Gunsten der waldenbüchsen Pfalz- und Rheinbeobachtung statt. Nähere Ankündigung erfolgt morgen. — Da sonstige Veranstaltungen anlässlich des Pfalz- und Rheintages hier nicht stattfinden, so ist eine recht zahlreiche Beteiligung an dem Konzert der Stadtkapelle von hier und auswärts zu erwarten, umso mehr, als sich die Stadtkapelle für das Konzert eifrig vorbereitet hat.

Ein Pfalz- und Rheintag in den Schulen. Wie am Sonntag für alle Kreise der waldenbüchsen Pfalz- und Rheinbeobachtung wirksame Ausgebungen zur Pfalz- und Rheinbeobachtung stattfinden sollen, so hat das Kultusministerium angeordnet, daß am morgigen Samstag Vormittag in der letzten Unterrichtsstunde die reifen Schüler der Volksschulen, der höheren Schulen und der Lehrerbildungsaufstellen zu einer einsachen, in geeigneten Fällen gemeinsamen Gedankfeier versammelt werden. Den Volksschülern soll dabei das schmerzliche Schicksal unserer deutschen Brüder am Rhein und vor allem in der Pfalz vor Augen geführt werden, um sie durch den Hinweis auf die opferwillige Treue unserer Volksgenossen im besetzten Gebiet zum deutschen Vaterland ihrerseits zu hingebender Staatsgelmung und zu gleicher Opferbereitschaft zu begeistern.

Freundenstadt, 28. Febr. (Häuserverkauf.) Zur Beschaffung weiterer Mittel für den Wohnungsbau beschloß der Gemeinderat einige Häuser zu verkaufen. Es handelt sich um das städtische Waldinspektionsgebäude beim Kruppen und einiger städtischer Wohngebäude an der Stuttgarter Straße.

Als oberste Aufgabe der Menschheit wird auch dem Künstler ewig vorkommen: die Erlangung jenes geistigen Wärmeinhalts, das den vom Schicksal getriebenen Einzelmenschen über sein Schicksal erheben macht, über inneres wie äußeres Schicksal. Lehmel.

## Die Bauernaräfin.

81 (Wachdruck verboten.)

Roman von R. Lehmel.

Sie war wie bestaubt. Das war ihr zu sah, zu unerwartet gekommen. Nacht- und willenlos lag sie in seinem Arm. Und er hielt ihre Widerstandlosigkeit für Nachgeben. „Kose, meine süße Kose — endlich mein!“ jubelte er. Da kam sie ihr: Hände gegen seine Brust und machte sich los. Hornedränen blühten in ihren Augen: schwer atmend hand sie vor ihm. Ihr Mädchenholz war rot verrotzt. Das war nicht ritterlich von dir, Hans Gerd! Die Reiten haben sich geändert. Wie warst du mir einst teuer, Hans —“ Sie brach ab, weil Tränen ihre Stimme erstickten. Sie sang nach der Thür. Er wollte sie halten. Er konnte es ja nicht glauben, daß seine Glückseligkeit umsonst gewesen. Was es denn nicht, sie umarmen? Doch da sagte sie laut: — Sie hatte die Selbstherrlichkeit wieder: „Es ist besser, wir leben und leben für eine Weile nicht mehr. Ich fahre morgen zu meinen Eltern und dann mit Gottlieb in die Berge. Er will sich nächste Woche seine Ferien gönnen.“ Das war ihre Antwort auf sein heißes Bitten. Er bringen, dem Reizt war salzig! mußte er wohl höhnischer Bitterkeit denken.

15. Man schimmerte aus der weichen Schmeide hob sich die alte Gräfinde des Hauses und wettelte an Glanz mit dem meisten Man des Sonnenbeschleierten Winterhimmels. Die Hohe Halle lag auf den Armen der Säulen und Streicher, wie selbst heren Raffheit verberend. Eine fröhliche Menne immelte sich auf der Stube in den Klängen der kleinen Kapelle. Die längeren Damen des Reiments waren an diesem schönen Vormittag vollständig vertreten. Man wartete auf die Herren, die sich vom Dienst freimachen konnten und bald kommen mußten. Die Generalin von Wolbeck war wieder der Mittelpunkt

dieses Kreises. Die Damen waren sehr um sie herum, mit Ausnahme der Gräfin Rosamunde Lauberg, die sich um einen höflichen Gruß beschränkt hatte und dann eifrig ihre beiden eleganten Bogen leit. Die Halle hatte ihre Wände gerötet. Mädchen sah sie aus in der weichen Sportlade, die sie zu einem russischen Rock trug.

Mit kritischen Augen verfolgten die Damen die gewandte Schrittschulterin.

„Die geborene Kranke kam alles! Ohnomenal! Ich aber! fittelperech.“ Hält sie Corina Wolbeck, indem sie geringschätzig die Mundwinkel heranzog. Und doch lag sie in dem Bild, mit dem sie die geschmeidige, sieglame Gräfin Rosamunde beobachtete. „Schade, daß Edmunden lebt! Ihr getreuer Eckhard!“

Die Damen lachten ein verständnisvolles Lachen über den „getreuen Eckhard“.

„Tante, laß doch wieder mit mir, bitte!“ bettelte Rudi von Zoffert. Der hübsche, adäthliche Knabe, der einmal Sohn des Oberst, sah nach her im großen Mädchenhändchen stehenden Hand her Generalin, neben her er hand. „Ihm wurde es langweilig zwischen all den Damen, die so eifrig ihre Angelegenheiten erörterten, daß sie keine Zeit für ihn hatten.“

„Dank mich nicht, Rudi, ich bin sehr müde.“ herrschte die schöne Frau ungeduldig nach unten über ihre Hand. Er ließ ihr ein Gift davon. Rudi ließ aber in in meiner Nähe! rief sie ihm machend in. „Stete ich lassen nicht weiter auf ihn, da es Interessanteres zu erörtern hat.“

Eine der Damen mußte in berichten, daß die Lauberg wie „Hund und Rahe“ leben. Sie kam noch das Wort abwend. Der wechternen Monaten habe es eine heftige Auseinandersetzung gegeben. Die Wille es aus bestimmter Quelle. Und beim Morgenessen seien sie auch noch nicht gewesen, ebenfalls wie her mit seiner jungen Frau den Bruder besucht habe.

„Warum aber hat denn Graf Lauberg die Kranke geheiratet, wenn es nicht aus überausstarker Liebe war, wie ich sicher angenommen?“ rief die Generalin.

Die Damen lachten die Wille. „Doch eben war und ist noch offen ein Riß! Denn selber als er konnte wohl niemand gewesen sein. Schanden hat man ihm nicht nachsehen können, daß er gezwungen gewesen wäre, das Geld wegen zu freien.“

„Vor seiner Verlobung ist der Bruder des Gräfinkind Krause bei dem Rittmeister gewesen, hatte ihn aber nicht getroffen.“ sagte eine andere der Damen, „vielleicht hatte Lauberg — so habe ich mir schon gedacht — für irgend einen Freund oder gar seinen Bruder eine Ehefrau übernommen. Der alte Krause ist doch nur durch Geldgeschäfte und Spekulationen so reich geworden; neulich erst hörte ich darüber sprechen.“

„Wie ich also schon dachte, meine Damen. Die geborene Kranke achtet nicht ins Regiment.“

„Und dennoch trägt sie den Kopf höher als je, seit beim Hofball die Maßstäbe so überaus lebendig geworden waren und sie eine Ausdrache gewürdigt hatten. Sie kam so hoch aus Berlin.“

Wichtig und interessant wurde das Thema die „geborene Kranke“ auszusprechen. Den Knaben, der der Obhut seiner Tante anvertraut war, hatte man ganz vergessen. Er ließ für sein Alter recht gewandt und sicher, und es gefiel ihm, dieses Dohlnesiten auf der offenen Fläche und dabei nicht immer ermahnt und zurückgehalten zu werden. Ihn lockte es, immer weiter zu laufen, trotz der warmen Hände, die den Schrittschultern ein gebierliches Halt wiesen. Der Gräfinde waren am unteren Tischende vor einem Tische nach Gräfinde entnommen, die bisher nur ungeschickt wieder ungeschoren waren. Seine Wannen hatten sich selbst herbei und ein verengtes Pöckeln, daß er der lässigen Verbormung durch die Tante für eine Weile entronnen war, lag auf seinem hübschen Ansehen.

„Rudi! — Wo ist Rudi?“

Die Generalin bemerkte jetzt das ihr anvertraute Kind des Ambers. Erhend bligte sie sich um.

„Rudi! —“

Die Damen hielten ebenfalls nach ihm Ausschau.

„Dort sei den andern Kindern wird er sein.“

„Was Rudi war nicht darunter. Er stand auch nicht bei der Mutter.“

Man wurde knappt. Rosamunde sah gefaselt ihre Schiffe und Bogen, obwohl sie bemerkte, daß die Damen über irgend etwas aufsetzt waren. Und da — jetzt kam die Frau Rittmeister von Waldern auf sie zugehauen.

(Fortsetzung folgt.)





Stuttgart, 28. Febr. (Wasservers.) Vom 12. - 14. Juli bis 24. soll in Stuttgart das 12. deutsche Hochfest stattfinden. Es ist das erste Mal, daß für die Veranstaltung eines allgemeinen deutschen Hochfestes eine südwestliche Stadt gewählt wurde.

**Selbstmord.** In der Küche seiner Wohnung in der Schwabenbergstraße verübte ein 41 Jahre alter Bürobeamter durch Erhängen den Selbstmord.

**Waldungen, O.A. Ludwigsburg, 28. Febr. (Zeure Nacht.)** Bei der auf drei Jahre vorgenommenen öffentlichen Versteigerung der Gemeindefischerei wurde ein Fischereipachtgeld von 6150 Goldmark erzielt. Das letzte Kriegspachtgeld betrug 1900 Mk. im Jahr.

**Waldungen, O.A. Ludwigsburg, 28. Febr. (Nachricht.)** Der Jagdwartmeister der Antien hatte, um Wasser anständig zu machen, bei der Bergstraße einen 40 Meter tiefen Brunnen schachteln lassen. Er stürzt in Folge Ausgleitens von oben in den Schacht und erlag bald darauf seinen schweren Verletzungen.

**Schloß Reil, 28. Febr. (Der Mörder.)** Die Leiche des Verstorbenen von Schloß Reil, der seinerzeit Frau und Kind erschlug, wurde in fast verrottem Zustand aus dem Wasser der unteren Achse bei Altmannshausen gezogen.

**Reugen, 28. Febr. (Oberschwäbischer Städte-Tag.)** Die oberschwäbischen Städte hatten kürzlich hier unter dem Vorsitz von Stadthalter Pütz-Tausch einen Städte-Tag. Zum Abend wurde folgende Beschlüsse angenommen: Der Städte-Tag spricht sich dahin aus, daß für seine Städte ein Abkommen der Städte in Baden und Württemberg in der Zukunft kommen kann, da in den kleinen Städten von jeher schon am Personal gebricht wurde und gesundheitlich zu wenig Beamte vorhanden sind.

**Heldberg, 28. Febr. (Zusammenkunft.)** Auf einer hier abgehaltenen Tagung der badischen, württembergischen und hessischen Hypothekendarlehnungsvereine wurde der Zusammenschluß zu einer Vereinigung süddeutscher Sparvereine vorgeschlagen. Als vorläufiger Sitz wurde Stuttgart bestimmt und es wurde beschlossen, den Zusammenschluß sämtlicher Vereine des Reiches anzustreben. In einem an den Reichstag und an den Reichstag gerichteten Telegramm wurde schärfster Widerstand gegen die „unrechtmäßige und verfassungswidrige dritte Staatsoberordnung“ erhoben und deren sofortige Aufhebung verlangt, ebenso wie die Anerkennung der durch die Finanzpolitik der Regierung erwirkten Forderungen und Entschädigung des Sparers.

**Wollach im Kinzigtal, 28. Febr. (Neues Kraftwerk.)** Bei einer Besprechung zwischen Vertretern der Wasserstraßenbau A.-G. in Stuttgart und sonstigen Interessenten in Altsiedelbach wurde beschlossen, dem Plan der Gewinnung von Wasserkraften zwischen Altsiedelbach und Schwanbach näher zutreten.

**Konstanz, 28. Febr. (Erleichterung im Grenzverkehr.)** Im nahen Kreuzlingen (Schweiz) fand eine Besprechung über Erleichterungen im großen und kleinen Grenzverkehr statt, zu der die kantonalen und schweizerischen Behörden, zahlreiche Verkehrsvereine, Vertreter von Kurorten und Hotels erschienen waren. In den Referaten und in der lebhaften Aussprache wurden zahlreiche Wünsche auf Erleichterung im Grenzverkehr niedergelegt, die von einer siebenköpfigen Kommission ausgearbeitet und dann den zuständigen Stellen unterbreitet werden sollen. Die Wünsche gehen vor allem dahin, daß die Ausfertigung von Passierkarten erleichtert und daß die Zone des kleinen Grenzverkehrs auf mindestens 50 Km. erweitert wird. Die sogenannten Stroßen sollen wieder eröffnet und für Fremde sollen Tagesfahrten für den kleinen Grenzverkehr ausgedehnt werden. Die Beschränkung der Zahl der Grenzübertritte soll aufgehoben werden. Weiterhin soll die nächtliche Grenzperre nach 9 Uhr abends wegfallen.

**Das Evang. Kirchenverfassungsgesetz.**  
Zum neuen Kirchenverfassungsgesetz, das am 1. April in Kraft tritt, hat die Evang. Kirchenregierung eine Vollzugsverordnung erlassen, wonach mit dem genannten Zeitpunkt die Evang. Kirchenregierung sich auflöst und gleichzeitig sich der Leitung der Evang. Oberkirchenbehörde (Konföderation und Synodus) in den Oberkirchenrat wendet. Die bisherigen Mitglieder und Beamten der Oberkirchenbehörde werden vorbehaltlich ihrer Zustimmung, Mitgliedschaft und Stimme des Oberkirchenrats. Die erstmalige Wahl des neuen Kirchenverfassungsgesetz zu wählenden Landeskirchenrat ist so rechtzeitig vorzunehmen, daß dieser spätestens eines Jahres nach Inkrafttreten des Kirchenverfassungsgesetzes einmalig zusammentritt. Der zu wählende Kirchenrat hat bei Antritt seines Amtes nachstehendes feierliches Gelübde abzulegen: „Ich gelobe vor Gott, daß ich bei meinem Amt als Kirchenpräsident in Treue gegen das Evangelium, wie es in der Heiligen Schrift gegeben und in den Bekenntnissen der Reformation bezeugt ist, die Ehre Gottes und das Heil der Seelen unverrückt im Auge behalte, die höchsten Gesetze und Verordnungen gewissenhaft wahrnehme und das Wohl der evangelischen Kirche nach bestem Wissen suchen und fördern werde.“ Weitere Vollzugsbestimmungen beziehen sich sodann auf den Landeskirchenrat und den Oberkirchenrat. Anstelle der in dem kantonalen Beamten- und Besoldungsgesetz vorgesehenen Zuständigkeit des Landesoberen oder Staatspräsidenten tritt diejenige des Kirchenpräsidenten, anstelle derjenigen des Staatsministers diejenige des Landeskirchenrats, anstelle derjenigen des Ministers der Kirchenangelegenheiten oder obersten Dienstbehörde diejenige des Oberkirchenrats, und, soweit es sich um Mitglieder

der des Oberkirchenrats handelt, des Landeskirchenratspräsidenten, anstelle der Zuständigkeit des Landeskirchenratspräsidenten diejenige des kirchlichen Disziplinarrates. Dieser führt künftig die Aufsicht über die kirchlichen Disziplinarräte. Soweit nicht ein anderes bestimmt ist, die Amtspflichten zu, die bisher den Landeskirchenratspräsidenten zustanden. In einem Konföderationsgesetz wird das neue kirchliche Amtsgesetz bestimmt: Vom Inkrafttreten der Kirchenverfassung an haben die kirchlichen Beamten und Behörden sich nach dem neuen Amtsgesetz zu richten. Sein Rußer wurde von der Oberkirchenbehörde auf Grund eines unter Beteiligung von ersten Sachverständigen veranlasseten Gutachtens festgestellt. Verläßt der verabschiedete und zur Ausführung angenommene Entwurf in Prof. Dr. Köcher an der Kunstgewerbeschule in Nürnberg, früher in Stuttgart.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt.

**Herzogin von Genoa, f.** Die Herzogin von Genoa, geborene Prinzessin Isabella von Bayern, ist gestorben. Sie war 1863 geboren und seit 1883 mit Thomas Herzog von Genoa, einem Seitenverwandten des italienischen Königshauses, verheiratet.

**Der Glockengießer von Wolda, f.** Wohl der bekannteste Glockengießer Deutschlands, Heinrich Ulrich von Wolda, ist 50jährig in Weimar gestorben. Er war allgemein bekannt unter dem Namen „Der Glockengießer von Wolda“. Er hat mit jungen Jahren die allbekannte Glockengießerei Ulrich in Wolda von seinem Vater übernommen und sie bedeutend erweitert. Allein nach dem Kriege hat er tausende von Glocken hergestellt. Die neue, große Glocke für den Kölner Dom, wohl kein bedeutendes Werk, ist ein überaus gutes technisches Meisterstück.

**Das deutsche Kanonenboot „von der Goltz“ gesunken.** Der „Daily Mail“ wird aus Tarsus berichtet, daß es nunmehr nach viermonatlicher Arbeit gelungen sei, das deutsche Kanonenboot „Graf von der Goltz“ auf dem Grunde des Tarsusbassens an die Oberfläche zu heben. Das Schiff wurde von seiner deutschen Besatzung im Jahre 1918, als es mit einem englischen Kanonenboot im Gefecht war, versenkt.

**Andauernder Streik in den Londoner Docks.** Da die Schauerleute noch immer streiken, ist die Arbeit in den Londoner Docks nur teilweise wieder aufgenommen worden.

### Buntes Allerlei.

**Verhörter Frauenmörder.** In Berlin ist ein Unterwächmeister der Schutzpolizei wegen des Verdachts verhaftet worden, zwei Frauen in der Schleiermacherstraße ermordet zu haben. In dem Schrank des Verhafteten wurde eine Drillschloße gefunden, die unzweifelhaft Klutspuren aufweist. Außerdem hat sich eine kleine Taschenschere, die unter dem Körper der ermordeten Frau Krausmann gefunden worden war, als sein Eigentum herausgestellt.

**Vom Raubmord in den Docks.** Junge Leute aus Göttersheim fuhren kurz nach Mitternacht von einem Raubmord in Frankfurt heim. Unterwegs wurden sie von einem Personenkraftwagen überholt und dabei zwei von ihnen überfahren und auf der Stelle getötet. Es handelt sich um die 17jährige Gretel Goebel und den jugendlichen Kaufmann Fritz Wessel.

**Im Raub über die Ostsee.** Bei Kolberg blockiert das Eis die hinterbommerische Küste. Sie und da von der Erdmündung zu Bergen getrieben, sonst eine weite See. Von dem Dampfer „Ganja“-Memel, der etwa 3 Seemeilen nördlich von Kolberg im Eis fest, unternahm kürzlich ein Mann der Besatzung das Wagnis und trat den Marsch nach der Küste an! In zweifelhafter Wanderung traf er wohlbehalten an Land an.

**Mitternachtsausflug aus Solnemünde zufolge haben sich die Eischwierigkeiten auch auf die westliche Ostsee ausgedehnt. Die Eismaschinen Nacht ist durch Eis gebremst. Selbst starken Dampfens ist es nicht mehr möglich, die Eisbede zu durchbrechen.**

**Todesstrafe vom Turm der Kathedrale.** In London hat sich eine Frau, begleitet von einem fünfjährigen Mädchen und einem etwa 11-jährigen Knaben, von der höchsten Plattform der Kathedrale von Westminster aus einer Höhe von etwa 71 Meter heruntergestürzt. Die drei Personen waren auf der Stelle tot.

**Schnellkürse in Paris.** Die Schnellkürse, die im Südwesten von Frankreich gewirkt haben, verursachen zahlreiche Störungen der Telephonverbindungen. Alle telephonischen Verbindungen zwischen Paris, Marseille und Algier waren unterbrochen.

**Im Flugzeug um die Welt.** Im Herbstjahr werden zwei Expeditionen versuchen, die Welt im Flugzeug zu umfliegen. Die erste wird am 16. März von Angkor verlassen, um die Umfliegung in westlicher Richtung vorzunehmen; die zweite, eine englische, wird einen Monat später den Flug in östlicher Richtung antreten.

## Bestellen Sie unsere Zeitung

die Sie in übersichtlicher und schnellster Weise über alle wichtigen Vorgänge unterrichtet, einen guten Lesestoff bietet und Sie über Handel und Verkehr auf dem Laufenden hält. Dabei ist die Schwarzwalder Tageszeitung „Aus den Tannen“ eine der billigsten Zeitungen weit und breit.

**Bezugspreis 40 Pfg. pro Woche.**  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Postboten, Austräger und Agenten, sowie die Geschäftsstelle unseres Blattes entgegen.

## Handel und Verkehr.

**Der Tollar notierte am 28. Febr. 4210,5 Kr., London 1580,8, St. Gallen 150,4, Venedig 1515,5, Paris 175,4, Schweiz 731,9, Prag 122,8, D. Oesterreich 0,0031, Buenos Aires 1423,5, Goldmark 4200.**

**Berliner Börse, 28. Febr.** Auch an der Donnerstagbörse war eine nennenswerte Belebung des Geschäftes nicht wahrzunehmen. Doch immer wieder die geläufigen außerordentlichen Börsenumschwenke während auf den Effektenverkehr. Bedeutend stärker wurden noch die Vorgänge der Eisenbahlebe gegen die Metallrenten. Die Behörde verlangt, daß für die von den Metallrenten gefälligten Geschäfte auf eigene Rechnung der Kundenbehold entrichtet werden muß und nicht wie bisher der sogenannte Händlerbehold. Die Abwanderung des Auslandskapitals nach der Pariser Börse dauert fort. Der erneute Sturz des Frankens zeigt natürlich hierzu in verächtlichem Maße an. Die Gesamtrendenz kann wieder als laßlos bezeichnet werden. Im Devisenverkehr waren die Anforderungen wieder sehr hart. Im einzelnen waren die Kursveränderungen minimal.

**Stuttgarter Börse, 28. Febr.** Die dreimonatliche Spekulation neigte zu Abgaben. Die Folge war, daß fast auf der ganzen Linie weitere Kursrückstellungen sich vollzogen. Eine Ausnahme machten Kohlenmarkierungen, welche bei größeren Umsätzen...

= 143 Proz. erzielt. Für 443,55 Qm. Nadelholzstammholz wurde ein Gesamtterls von 12204 Mt. (Ausbot 10 597,95 Mt. = 115,2 Proz. erzielt.

## Letzte Nachrichten.

### Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.

**Reichspräsident, 28. Febr.** Es ist heute eine Verordnung des Reichspräsidenten erlassen worden, nach welcher mit Wirkung vom 1. März 1924 ab der militärische Ausnahmezustand aufgehoben wird und Bestimmungen erlassen werden zur Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen. Die erlassenen neuen Bestimmungen bedeuten einen Ausnahmezustand in nichtmilitärischer Form. In der Verordnung ist gesagt, daß der Reichsminister bestimmte Teile des Reichsgebietes von der Anwendung dieser Bestimmungen ausnehmen könne.

### Zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. 2. 24.

**Reichspräsident, 29. Februar.** Auf Grund des § 5 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 bestimme ich: Das Gebiet des Freistaates Bayern wird mit Rücksicht auf den dort bereits bestehenden weitergehenden Ausnahmezustand von der Anwendung der §§ 2 und 4 der genannten Verordnung ausgenommen.

**Reichspräsident, 29. Febr. (Zweite Verordnung.)** Auf Grund des § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 bestimme ich: Es ist verboten, militärische Waffen, insbesondere Militärwaffen oder Munition für Militärwaffen anzubieten, feilzubieten und an Personen, die nicht zum Besitze solcher Gegenstände zugelassen sind, zu überlassen, den Erwerb oder das Ueberlassen zu vermitteln oder sich zum Erwerb zu erbieten. Das Verbot findet keine Anwendung auf die auf Grund des Friedensvertrages durch die interalliierte Militärkontrollkommission zugelassenen Firmen für ihre Lieferungen an solche amtliche Stellen, die nach den geltenden Bestimmungen ihre Organe mit diesen Gegenständen versehen dürfen. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 bestraft. (Ges.): Jarres.



**Die Frage der Reichstagsauflösung.**

WTB. Berlin, 29. Febr. Wie die Blätter melden, fand gestern Abend zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern Besprechungen über die Frage der Auflösung des Reichstages statt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der Reichsminister des Innern, Dr. Jarres, erklärte nach der Besprechung einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“, daß die Frage der Auflösung des Reichstages von der weiteren Haltung der Parteien zur Frage der Spezialdebatte über die Notverordnung abhängen werde.

Der von der Deutschen Volkspartei beschlossene Initiativantrag, wonach der Reichstag am 3. Mai aufgelöst werden soll und die Wahlen für den neuen Reichstag am 4. Mai stattfinden sollen, ist übrigens noch nicht eingebracht worden.

Die Deutschnationalen beabsichtigen, dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge, zu beantragen, daß der Reichstag am 5. April aufgelöst werde und die Neuwahlen am 6. April stattfinden.

**Die Landtagswahl in der Pfalz.**

WTB. Berlin, 29. Febr. Nach einer Blättermeldung aus Ludwigshafen werden die Wahlen zum bayerischen Landtag in der Pfalz an dem für das rechtsrheinische Bayern festgesetzten Termin, den 6. April, nicht stattfinden.

können, weil bisher wegen der Verhältnisse in der Pfalz keinerlei Wahlvorbereitungen möglich waren. Die bayerische Regierung ist durch die Reichsregierung bei der Rheinlandkommission vorstellig geworden, die Landtagswahlen in der Pfalz zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden zu lassen.

**England und die Krise in Belgien.**

WTB. London, 29. Febr. Reuter erfährt, daß, während keinerlei Neigung in britischen amtlichen Kreisen vorhanden sei, sich zu der politischen Krise in Belgien zu äußern, die allgemeine Empfindung in gut unterrichteten Kreisen die sei, daß die belgische Regierung in einer eigentlich inneren Frage (obgleich nominell eine auswärtige) unterlegen sei. Es sei zweifellos in Belgien eine beträchtliche Unzufriedenheit entstanden über den dauernden Fall des Franken und das Steigen der Preise. In einzelnen Kreisen sei die vorgeschlagene belgisch-französische Kombination nicht als sehr vorteilhaft für das belgische Interesse angesehen worden. Das diplomatische Element habe jedoch mit dieser Sache nichts zu tun. Es werde für äußerst unwahrscheinlich angesehen, daß das französisch-belgische Zusammenwirken in der Reparationsfrage und in verwandten Fragen in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden dürfte.

WTB. Paris, 28. Febr. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ bestätigt den tiefen Eindruck, den der Sturz des Kabinetts Theunis hervorgerufen hat.

**Macdonald über die europäischen Verhältnisse.**

WTB. London, 28. Febr. „Daily Telegraph“ zufolge erklärte Macdonald in einer Unterredung mit dem Londoner Berichterstatter der „New York Tribune“, in England und Europa habe bezüglich der Aussicht auf eine Regelung des europäischen Verhältnisses ein Gefühl des Optimismus Platz gegriffen. Er teile dieses Gefühl. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging Macdonald auf das Verhältnis der Arbeiterpartei mit der russischen Arbeiterpartei ein und erklärte, Moskau sei nicht länger eine Gefahr für England. Er, Macdonald, wolle damit nicht sagen, daß es niemals wieder eine Gefahr werden könne. Keine Partei sei in Ursprung und Geschichte mehr britisch gewesen oder würde mehr britisch sein als die britische Arbeiterpartei.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Voss, Druck und Verlag der B. Rieker'schen Buchdruckerei Altona 10.

**Unsere Zeitung bestellen!**

**Forstamt Altensteig. Holz- und Brennholz-Verkauf.**

Am Montag, den 3. März 1924, nachmittags 2 Uhr im „Waldhorn“ in Etzhausen auf Staatswald Rinesfels und Unt. Lorenzenwald 34 Fm Langholz V. VI. Kl., aus Abt. Mantelberg (gut Böhmen) 90 Fm II/V. Kl., aus Garbt, Heußrig, Schinderwasen und Teichelgrube 22 Fm Splinter II Kl., 12 Fm R. h. Rundholz, 247 Fm Nadelst. auf Querschnitt, 25 q. d. Abh. Balken und 19 Lose 6 stückendes Reis.

**Forstamt Pfalzgrafenweiler. Nadelstammholz-Verkauf.**

Am Montag, den 10. März 1924, nachmittags 1 Uhr in Pfalzgrafenweiler im Gasth. „Schwanen“ auf Staatswald 2 210 Fm, 965 Fm mit Fm Langh.: 245 1., 814 2., 730 3., 383 4., 215 5., 82 6. Kl., 25, 14 1., 9 2., 3 3. Kl. 16 Fm und 2 24 mit Fm: 2 1., 7 2., 2 3., 4 4., 3 5. Kl. Langh. u. 2 Fm 2. Kl. Splinter. Besondere Preise von der Forstbüroktion G. J. O. Stuttgart.

Morgen Sonntag, den 2. März, Monatsversammlung im 2. Kl.

**Nagold. Löwen-Platzpiele**

Sonntag 2.30, 4.30 u. 8.15 Uhr

**Zirkus Gray**

Sensationsstück in 6 Episoden 36 Akten

I. Teil: Der geheimnisvolle Schuß, 6 Akten.

Hauptdarsteller der bell. bte Eddie Polo.

Noch interessanter wie der 3. Teil.

Somit Besprogramm Gräfin Vera.

2. Teil: Die Traubstummeln Drama in 5 Akten.

**Bettfedern** erfahren in der nächsten Zeit ganz erhebliche Preissteigerung; sichern Sie sich noch rechtzeitig dagegen, bei Reinhold Hayer, Altensteig.

**Oele, Farben und Lacke**  
jeder Art kauft Industrie, Gewerbe und Privat  
am besten im Spezialgeschäft bei  
**Karl Ungerer, Nagold. Telefon Nr. 4.**

**Bereinigte Gewerkschaften Altensteig.**  
Samstag, den 1. März, abends 8 Uhr findet in der „Schwanen“ eine Mitgliederversammlung statt. Kolleg: Hoyer (Eimannweiler) referiert über die Ursache unseres Einbruchs.  
Vollständiges Erscheinen erwartet der Vorstand.

**Wäschestickereien**  
in 4 1/2 u. 9 m Stücken  
**Reinhold Hayer.**

**Carbolinennm**  
für Holzauftrieb,  
Obstbaumerbolinennm,  
**Erdöl, Teer usw.**  
empfehle zu billigsten Tagespreisen ab Lager  
**Lorenz Eng jr., Altensteig**  
Telefon 46.

**Verloren**  
ging ich am Sonntag Mittag eine Brille mit Stahl. Geben gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsbüro.

**Altensteig. Bolkisch, Schone Italiener Eier**

sind jetzt eintrouff und empfehle ich solche zum jeweils billigsten Tagespreis.  
**Wilhelm Frey.**

**Nischthalde. Zwei starke Säfer-schweine**

hat zu verkaufen  
**Rich. Walbelich.**

hat zu verkaufen  
**Georg Kalmbach**  
Nagoldhof: Raderwald Nagold geb. Heßig 36 J.

Am Sonntag, den 2. März (Fastnacht) hält der **Grönbacher Radfahrer-Verein** im Schwannensaal in Rälberbronn eine **Frühjahrsfeier**  
ab mit theatraleschen Aufführungen, wozu alle Sportkollegen, so wie Freunde und Bekannte der Sache freundlich eingeladen sind.  
Beginn nachmittags 2 Uhr.  
**Der Vorstand.**

Wir empfehlen  
**Fahrräder Nähmaschinen u. Ersatzteile hiezu**  
**Johs. Werner & Sohn, Nagold**  
Telefon 111.

**Wöckersberg.**  
Von heute ab halte ich  
**meine Wirtschaft wieder geöffnet.**  
**W. Frey Witwe.**

**Zumweiler.**  
Am Sonntag, den 2. März  
**große Hunde- und Laubenbörse**  
im Gasthaus z. Lamm.

**Walddorf.**  
Am Sonntag, den 2. März  
**große Hundebörse**  
im Gasthaus z. Adler.

**Güßmann'schem Kukirolo**  
Hornhaut, Schwielen und Wargen selbstig löst. Besser, jammern und gefahrlos.  
Bestäubungsmittel. Mildeinwirkung bewirkt.  
In Apotheken und Drogerien erhältlich. - Gegen Fußschweiß, Vereinen und Wundtaufen Antiseptikum - Fußbad.  
Drogerie: J. Engler, Altensteig.

Einem schönen **Lehrstier** hat zu verkaufen  
**Georg Kalmbach**  
Nagoldhof.

**Violin-Saiten**  
sowie **Mandolin-Saiten**  
sind in la. Qualität zu haben in der  
**B. Rieker'schen Buchh.**

**Berneck.**  
Von morgen ab bringe ich und meine werte Kundschaft vorübergehend vorzüglichen **Märzenbock** zum Ausschank.  
**Karl Kühnle** zum „Waldhorn“.

**Bieh-Verkauf.**  
Montag, den 3. März, vorm. 8 Uhr sieht in **Calw im „Löwen“** ein großer Transport harter, junger **Milchkühe trächtige Kühe** schwere **hochträchtige Kalbinnen** zum Verkauf, wozu Liebhaber einladen.  
**Rubin u. Max Löwengart.**

